

Bürgerstiftung als Ideengeber und Förderer

Jahresempfang in der Alten Aula – Aktivitäten auch während der Pandemie – „Anstiften, nicht alles selber machen“

Von Birgit Sommer

In Zeiten der Pandemie war nicht so viel zu hören von der Heidelberger Bürgerstiftung, die im Jahr 2009 gegründet wurde. Doch die Aktivitäten hatte sie nicht eingestellt, woran die Stiftungsvorsitzende, Prof. Switgard Feuerstein, beim Jahresempfang in der Alten Aula noch einmal erinnerte.

Die öffentlichen Bürgerregale wurden ausgebaut. Die „Insel“, ein Begegnungsort für Kinder und Eltern in Trennungssituationen, wurde mithilfe eines Spendenaufrufes weiterhin finanziert. 50 Tablets als Geschenk an Heidelberger Altenheime ermöglichten den Senioren in der Zeit der Isolation soziale Teilhabe und Kontakte. Es wurden zudem mehrere kleine Projekte in Heidelberg gefördert, etwa die Aufstellung neuer Bänke nach dem Vandalismus am Philosophenweg oder ein Musiktheater-Workshop für Kinder. Ganz neu wieder auf dem Sommer-Programm: das offene Bürgersingen mittwochs um 18 Uhr im Innenhof des Kurpfälzischen Museums.

Klar ist: Die Arbeit einer neutralen Stiftung, die sich nur den Heidelberger Bürgern verpflichtet fühlt, braucht weiterhin Unterstützung, durch Zustiftungen (einmalig mindestens tausend Euro) oder durch Spenden. In Zeiten niedriger Zinsen waren es vor allem Spenden, weniger das Stiftungskapital, die die Stiftungsarbeit ermöglichten.

Dass das Stiftungswesen vor allem in seinem Verhältnis zum Staat eine ganz spannende Geschichte hat, zeigte der Vortrag von Prof. Joachim Rogall beim Jahresempfang. Der Heidelberger arbeitete 25 Jahre lang bei der Robert-Bosch-Stiftung, zuletzt als Vorsitzender der Geschäftsführung, und war auch Vorsitzender des Bundesverbandes deutscher Stiftungen.

Stiftungen gelten als Ausdruck von Gemeinsinn und Bürgersinn. „Wer stiftet, wirft Anker in die Zeit und in die Zukunft“, zitierte Rogall den Stuttgarter Unternehmer Heinz Dürr. Das Stiftungswesen kann bis auf die Antike zurück-



Die Bürgerstiftung lud nach der Corona-Zwangspause wieder zum Jahresempfang. Zuvor kamen die Vorsitzende Switgard Feuerstein, Festredner Joachim Rogall und der stellvertretende Vorsitzende Volker Stich (v.l.) zum Gruppenbild zusammen. Foto: Philipp Rothe

geführt werden, ist aber besonders vom Mittelalter in Erinnerung, als etwa die Spitäler als Stiftungen ausgestattet waren. Auch Schulstiftungen kamen dazu, später Stiftungen mit sozialen Zwecken (Fuggerei) oder an Universitäten. Die Motive? „Die Sorge des mittelalterlichen Menschen um sein Seelenheil.“

Den Staat, heute ein umfassender Sozialstaat, gab es erst spät. Doch die staatlichen Zugriffe auf Stiftungen häuften sich schon im 18. und 19. Jahrhundert. Die Französische Revolution verbot Stiftungen und Vereine. Noch heute, so Rogall, unterschieden sich die Vorstellungen auf dem Kontinent und in der angelsächsi-

schen Welt: Hier der Staat, der das gesamte öffentliche Leben verwaltet, dort die Chance und das Recht auf Mitwirkung und persönliche Verantwortung. In Deutschland, das sich, so Rogall, in der Mitte zwischen Frankreich und den USA/Großbritannien positionierte, war das Grundvertrauen in den lenkenden Staat auch lange ungebrochen, zumal die Sozialversicherungen aufgebaut und die Lebensrisiken fast vollständig an Gesellschaft und Staat ausgelagert wurden.

Heute ordne der Staat durch eine zentrale Stiftungsorganisation und die Steuer. So richtig vereinnahmen könne er die Stifter („Bewegliche Einzelkämp-

fer“) allerdings nicht. Rogall wünscht sich, dass sich der Staat nicht aus Aufgaben zurückziehe, in der Meinung, das könnten die Stiftungen erledigen. Er wünscht sich ein Vertrauensverhältnis zwischen Stiftungen und staatlichen Einrichtungen, in dem es gelinge, Grundideen gemeinsam zu entwickeln und den Sachverstand, die Kontakte und die Ideen der Bürger einzubringen. Oft sei es für die Stiftungen entscheidend, den ersten Anstoß zu geben: „Anstiften, nicht alles selber machen.“ Für ihn sind es die Bürgerstiftungen – über 30 000 gibt es in Deutschland –, die als Allzweckstiftungen am besten zur Demokratie passen.